

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt Euch!



ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

FREUNDESKREIS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) HANNOVER

Erklärung des Freundeskreises Hannover der KPD zu den ersten beiden GROHNDE-PROZESSEN

Der Beschluß des OLG Celle, die Prozesse gegen 14 Angeklagte vor dem Landgericht zu verhandeln, weil "wichtige Grundlagen der Staatsordnung gefährdet seien, hat den politischen Charakter dieser Prozesse über die Anklagen wegen Landfriedensbruch hinaus bestätigt.

Die Prozesse sind Teil der Durchsetzung des Atomprogramms. Sie sollen die Bewegung als "Kriminelle" abstempeln und isolieren. Das soll die Justiz jetzt mit ihren beabsichtigten Urteilen absegnen.

Wir stehen dazu, das keine Prozesse gegen AKW-Gegner stattzufinden haben, weil unser Widerstand gegen das mörderische Atomprogramm gerecht ist, und weil jedes Urteil gegen diesen Widerstand Unrecht ist.

Nach den beiden Prozesstagen gegen Karl und Rüdiger und mit der Verhaftung von Linda ist aber offensichtlich geworden, daß die Prozesse nicht durch Abwesenheit der Angeklagten verhindert werden können. Eine Verhinderung der Prozesse läßt sich nur erreichen indem wir eine breite Solidarität mit den Angeklagten in der Bevölkerung schaffen, die es der Klassenjustiz und den AKW-Betreibern unmöglich macht, diese Prozesse durchzuziehen.

Trotz der gewachsenen Solidarität verschiedener Organisationen und Persönlichkeiten mit den Angeklagten ist dies aber noch nicht gelungen. In dieser Situation ist es unserer Meinung nach falsch und schädlich, wenn die Angeklagten den Prozessen fernbleiben und nicht auf eine politische Prozessführung orientieren. Vielmehr kommt es darauf an, die Prozesse als Tribunal gegen das Atomprogramm und die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung zu nutzen. Nur dadurch behalten wir die Initiative und bestimmen weitestgehend das Geschehen vor und im Gerichtssaal. Dies geht aber verloren, wenn wir mit der Bourgeoisie "Katz und Maus" spielen, denn der Staatsapparat ist in der Lage, durch Polizei, Spitzel usw. die Haftbefehle durchzusetzen.

Wir halten es für richtig, die Prozesse offensiv politisch zu führen und dadurch die Solidaritätsbewegung über den Kreis der AKW-Gegner hinaus zu verbreitern, denn die Prozesse gehen alle an. Wir unterstützen die Erklärung der Bremer Initiativen gegen Atomanlagen, in der es heißt:

"Darum müssen alle diese Kriminalisierungsversuche geschlossen zurückgedrängt werden, unabhängig davon, wie wir zu den unterschiedlichen Formen des Widerstandes stehen. Auch wer die Kämpfe der Bürgerinitiativen nicht für richtig hält, keine Meinung zur Atomenergie hat, oder gar sie befürwortet, ist ausgerufen zum Protest. Denn daß Menschen willkürlich verhaftet und ohne Kontakt zu Anwälten verschleppt und auch gegen Kaution nicht freigelassen werden, -das geht jeden an! Das Vorgehen der Regierung gegen AKW-Gegner führt allen vor Augen, was heute in unserem Staat schon wieder möglich ist. Solche Maßnahmen können jeden treffen, der für seine Rechte demonstriert, der nicht jeden Angriff der Regierung, jede Unterdrückungsmaßnahme widerspruchslos hinnehmen will. Sie richten sich gegen den Arbeiter im Streik wie gegen den Landwirt auf der Treckerdemonstration.

Viele fragen sich, wo soll das noch hinführen wenn immer mehr verboten wird. Wir meinen, solche Maßnahmen sind Schritte in den Unrechtsstaat. Dazu gehören auch solche Tatsachen wie die ungesühnten Todesschüsse der Polizei in den letzten Jahren, die jetzt durch das einheitliche Polizeigesetz selbst gegen Kinder erlaubt sein sollen, solche Schritte sind auch das Kontaktsperregesetz, das jede Verbindung von Gefangenen und Rechtsanwälten verhindern kann. All das geht nicht nur die Gegner der Atomenergie an, jeder ist aufgerufen zum Protest-denn: **WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!**

KEINE PROZESSE GEGEN AKW - GEGNER!

EINSTELLUNG ALLER STRAF-UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN AKW-GEGNER!

KÄMPFEN WIR FÜR EINE POLITISCHE PROZESSFÜHRUNG!